

(Bezirksvorstand)

Europas Weichen neu stellen:
Krisendynamik aus Staatsschulden- und Bankenkrise durchbrechen

1. Europas Stärken nutzen

Europa in der Welt

Die Europäische Union steht vor der vielleicht größten Herausforderung ihrer Geschichte. Ihr Friedensprojekt droht an der Finanz- und Staatsschuldenkrise zu scheitern. Denn ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde Europa als Ganzes in Frage stellen. Daher ist es allerhöchste Zeit zu handeln. Dabei gilt es sich an den Stärken Europas zu orientieren: Sein Alleinstellungsmerkmal besteht darin, in seiner Wirtschaftsordnung Demokratie, Gerechtigkeit, Wachstum und Nachhaltigkeit weltweit am besten auszubalancieren. Auf diese Stärken muss sich Europa auch bei der Überwindung der derzeitigen Krise verlassen. Doch Europa besinnt sich derzeit viel zu wenig hierauf. Vielmehr scheint der Erfolg politischer Entscheidungen nicht mehr an ihrer Passformigkeit, ihres demokratischen Zustandekommens, einer gerechten Verteilung von Krisenkosten oder ihrer Nachhaltigkeit fest gemacht zu werden, sondern vielmehr daran, ob das kurzfristige Wohlgefallen der Finanzmärkte geweckt wird.

Deutschland in Europa

Vor allem deutsche Konservative sowie Liberale schwanken zwischen europäischer Einsicht und nationalem Ressentiment, statt klare Bekenntnisse für Europa abzugeben. Dabei stellen sie immer wieder gerne das Bild von Deutschland als Zahlmeister der Krise. Tatsächlich jedoch konnte unser Land Schätzungen zufolge in den vergangenen dreieinhalb Jahren krisenbedingt knapp 70 Milliarden Euro an Refinanzierungskosten einsparen, weil eine zunehmende Anzahl von Investoren deutsche Staatsanleihen zur Risikoabsicherung kauft. Zugleich schulden die Staaten der Eurozone deutschen Banken, Unternehmen, Privatpersonen und der öffentlichen Hand insgesamt knapp 2.800 Milliarden Euro – also mehr als die jährliche Wirtschaftskraft Deutschlands. Diese Entwicklung belegt auch die wirtschaftlichen Vorteile, die Deutschland aus der europäischen Integration zieht. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone hätte dementsprechend unüberschaubare Folgen für die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung.

Krisendynamik durchbrechen

Wer Deutschlands Interessen in der Welt und in Europa vertreten möchte, muss daher um den Zusammenhalt Europas kämpfen. Die Krise des Euroraums darf nicht zur politischen Entsolidarisierung zwischen seinen Staaten führen. Die Krise im Finanzsektor macht immer wieder Bankenrettungsprogramme notwendig, deren Kosten durch Konsolidierungsmaßnahmen aufgefangen werden müssen. Diese schwächen wiederum die Binnennachfrage. Der hieraus entstehende Abschwung führt zu Kreditausfällen, die die Bankenbilanzen weiter belasten. Im Zuge dieser Ausfälle schränken die Banken ihre Kreditvergabe ein, was einen Rückgang der Investitionen in der Realwirtschaft zur Folge hat. Zunehmende Arbeitslosigkeit, weg brechende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben belasten dann wiederum die öffentlichen Haushalte. Um diese Krisendynamik zu durchbrechen sind eine effektive Finanzmarktregulierung, ein effizienteres Staatsschuldenmanagement sowie gezielte Investitionen in Beschäftigung und Wachstum dringend erforderlich.

2. Finanzmärkte regulieren

Die zunehmende globale Verflechtung der Finanzwirtschaft hat die Märkte intransparent gemacht und immer neue wechselseitige Abhängigkeiten geschaffen. Das Interesse an

möglichst hohen und schnell erzielbaren Renditen führt zu Gefahren, die nicht mehr auf einzelne Unternehmen und Branchen beschränkt bleiben. Eine unzureichende Regulierung der Finanzmärkte hat in der Vergangenheit zu dieser Entwicklung beigetragen.

Die Debatte um die Schuldenkrise führt jedoch dazu, dass eine angemessene Finanzmarktregulierung aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit rückt. Dabei ist die Krise des Euroraums insbesondere die Folge der Finanzmarktkrise von 2007 und 2008 und nicht umgekehrt. Umso wichtiger ist es, bestehende Regulierungsdefizite zu beseitigen. Zwar wurden auf europäischer und globaler Ebene bereits erste Reformen und Maßnahmen wie das Verbot ungedeckter Leerverkäufe und ungedeckter Kreditausfallversicherungen, die Begrenzung des außerbörslichen Derivatehandels oder erstmalige Regulierungsschritte bei Ratingagenturen und Hedge Fonds angepackt. Doch eine dauerhafte Bändigung der Finanzmärkte erfordert zusätzliche Maßnahmen: Dazu gehört, dass sich Banken auf ihr Kerngeschäft der Kreditvergabe konzentrieren, die Verluste im Finanzsektor nicht sozialisiert werden und von der Realwirtschaft abgekoppelte Spekulation weiter eingedämmt wird. Um diese Ziele zu erreichen, kommt der Regulierung des Bankensektors eine zentrale Rolle zu. Kernelemente einer solchen Regulierung müssen die gesetzliche Umsetzung der Basel III-Vereinbarungen in Europa, die Stärkung der europäischen Bankenaufsicht, die Schaffung eines europäischen Bankeninsolvenzrechts, die Gründung eines Bankenabwicklungsfonds und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sein.

Strengere Eigenkapitalregeln für Banken

Unter dem Begriff Basel III werden eine Reihe von Maßnahmen zusammengefasst, die bis 2018 schrittweise zur Stärkung der Kapital- und Liquiditätsposition von Banken beitragen sollen. Es handelt sich um eine internationale Vereinbarung zur weiteren Verschärfung der Eigenkapitalregeln für Banken. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten verhandeln derzeit über die konkrete Ausgestaltung auf europäischer Ebene. Diese Verhandlungen müssen unbedingt einige Kernergebnisse hervorbringen, die für die Stabilisierung des Bankensektors unumgänglich sind: Höhere Eigenkapitalanforderungen müssen den Spielraum der Banken insofern einschränken, als dass der Abschluss kurzfristiger, renditeträchtiger oder gar spekulativer Geschäfte massiv erschwert wird. Neben strengeren Eigenkapitalauflagen für Banken muss die europäische Umsetzung von Basel III auch passgenaue Lösungen für ein sich veränderndes Marktumfeld bieten. Dazu gehören zum Beispiel regulatorische Instrumente, die bei der Entstehung von Preisblasen (vor allem im Immobiliensektor) antizyklisch wirken und die Kreditvergabe begrenzen. Die Ausgestaltung der Eigenkapitalanforderungen muss in Form differenzierter Verschuldungsobergrenzen auch das Risiko bestimmter Geschäftspraktiken berücksichtigen. Die Risikogewichtung und damit die Eigenmittelanforderung an Banken müssen umso höher ausfallen, je riskanter und spekulativer ein Kreditgeschäft ist. Umgekehrt gilt es die Risikogewichtung für Mittelstandskredite geringer anzusetzen. Neben den Geschäftsrisiken einer Bank muss auch ihrer Systemrelevanz Rechnung getragen werden: Je höher die Bilanzsumme einer Bank ist, umso gravierender wären die Auswirkungen ihrer Insolvenz auf das gesamte Finanzsystem. Daher müssen die Eigenkapitalanforderungen an systemrelevante Banken höher angesetzt werden.

Finanztransaktionssteuer einführen

Um die Spekulation auch außerhalb des Bankensektors effektiv zu bekämpfen ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer unumgänglich. Die Debatte um sie wurde in den vergangenen Monaten auf ihre fiskalische Einnahmewirkung verengt und ihre Lenkungswirkung zum Teil verneint. Das ist falsch, denn sie senkt die Profitabilität rein spekulativer Geschäfte und stellt den Sachinvestor besser. Ihr steuertechnischer Vorteil liegt auf der Hand: Sie verteuert Finanztransaktionen umso stärker, je kurzfristiger und spekulativer ein Geschäft angelegt ist. Insbesondere der so genannte Hochfrequenzhandel würde durch eine Finanztransaktionssteuer an Attraktivität verlieren. Ihre Einführung ist deshalb ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Sie wird Investitionen weg von spekulativen Finanzgeschäften hin zu realwirtschaftlichen Unternehmungen und damit der Schaffung

neuer Jobs lenken. Mit Blick auf die Erhöhung staatlicher Einnahmen hingegen dürfte eine europaweit koordinierte Bekämpfung von Steuerbetrug sowie die Harmonisierung der Körperschaftsbesteuerung weitaus effektiver sein. Wir brauchen daher in Europa eine einheitliche steuerliche Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern mit Mindestsätzen, um Steuerdumping und Standortwettbewerbe auf Kosten der öffentlichen Hand zu unterbinden.

Bankenaufsicht stärken, Bankeninsolvenzrecht und Trennbanken-system schaffen

Um für den Bankensektor einen langfristigen Ordnungsrahmen zu schaffen, der künftig eine Sozialisierung der Verluste verhindert, sind neben strengeren Eigenkapitalanforderungen weitere Maßnahmen wie die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht dringend notwendig. Daher begrüßen wir den Vorstoß der Europäischen Kommission, die eine europaweite Aufsicht bei der Europäischen Zentralbank ansiedeln möchte. Allerdings muss sich diese entgegen der Kommissionsinitiative auf systemrelevante Banken beschränken. Neben diesen aufsichtsrechtlichen Reformen muss aber auch finanzielle Vorsorge geleistet werden: Es müssen für Großbanken die gesetzlichen Grundlagen für einen europäischen Bankenabwicklungsfonds geschaffen werden, der aus Bankenabgaben gespeist wird und im Falle von Bankenpleiten oder Bankenrestrukturierungen aktiv wird. Außerdem gilt es die Risiken, die von Großbanken ausgehen, durch die schrittweise Einführung eines europäischen Trennbankensystems zusätzlich einzudämmen. Das häufig spekulative Investmentbanking muss vom Kundeneinlagengeschäft rechtlich getrennt werden.

3. Europas Wirtschaft wieder auf Kurs bringen

Viele Länder Europas durchleben derzeit eine handfeste Rezession. Im Schnitt aller EU-Staaten wird Europas Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich stagnieren. Noch schlimmer als die derzeitige Rezession sind allerdings die langfristigen Wohlstands- und Wettbewerbsfähigkeitsverluste für Europas Wirtschaft, wenn nicht heute gegengesteuert wird. So ist jeder fünfte Jugendliche in Europa arbeitslos, was unseren Wohlstand, der wissensbasiert und auf die Talente seiner Menschen angewiesen ist, künftig noch stärker gefährden wird als ohnehin schon. Auch die Grundlagen der Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft werden von Tag zu Tag ausgehöhlt. Noch immer hinkt Europa bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen an der Wirtschaftskraft Ländern wie Japan oder den Vereinigten Staaten hinterher. Dementsprechend ist die Anmeldung europäischer Patente seit einigen Jahren rückläufig, die Anzahl europäischer Patente im Spitzentechnologiebereich hat sich sogar mehr als halbiert. Hinzu kommt, dass das durch Bankenrettungs- und Konjunkturprogramme angestiegene Verschuldungsniveau die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand massiv einschränkt. Aufgrund dieser Entwicklungen gilt es, die politischen Weichen für Europa neu zu stellen. Dazu gehören ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit, die Schaffung eines effizienteren Managements für exzessive Staatsschulden und eine Investitionsoffensive in die Innovationsfähigkeit und Produktivität von Europas Wirtschaft.

Jugendarbeitslosigkeit sofort bekämpfen

In einer wirtschaftlich von Tag zu Tag enger zusammen wachsenden Welt sowie angesichts einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung muss Europa die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft steigern. Das können Europas Staaten nur gemeinsam und nicht auf sich alleine gestellt vollbringen. Umso dramatischer ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Das beraubt nicht nur jeden Einzelnen seiner konkreten Lebensperspektiven, sondern stellt für Europas Gesellschaft, deren Wohlstand auf dem Können und der Ausbildung seiner Menschen beruht, insgesamt eine soziale Hypothek dar. Daher fordern wir die Schaffung eines europaweit koordinierten Sofortprogramms, dessen Ziel die Vollbeschäftigung bei jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern innerhalb von zehn Jahren sein muss. Dieses Programm muss durch die weitere europaweite Harmonisierung und Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie das Angebot von Sprachtrainings die europaweite Mobilität von jungen Menschen erleichtern. Außerdem muss

das Programm eine so genannte Jugendgarantie nach österreichischem Vorbild umfassen, wonach spätestens vier Monate nach dem Schulabschluss oder einer Arbeitslosigkeit ein Arbeits- oder Ausbildungsplatz, eine Lehrstelle, eine Zusatzausbildung oder eine Kombination aus Arbeit und Ausbildung angeboten wird. Wer dennoch arbeitslos bleibt, erhält eine öffentliche Lehrstelle. Das Programm könnte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert werden, aber auch Investitionen der Nationalstaaten dürften notwendig sein.

Intelligent Konsolidieren: Schuldentilgungspakt einführen

Um die abnormalen Zinslasten für Europas Staaten zu reduzieren fordern wir die Schaffung eines europäischen Schuldentilgungspakts, in dessen Rahmen sich die Eurostaaten verpflichten ihre Gesamtverschuldung abzubauen. Demnach würden sie ihre Schulden, die 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft überschreiten, in einen gemeinschaftlichen Schuldentilgungsfonds auslagern. Im Gegenzug verpflichten sie sich, durch Zahlungen in den Fonds diesen Teil ihrer Schulden in 25 Jahren vollständig zu tilgen. Dabei muss der Verbindlichkeit einer solchen Vereinbarung oberste Priorität zukommen. Daher sollten die teilnehmenden Staaten Reform- und Konsolidierungspläne vorlegen, die diesem Tilgungsziel entsprechen. Kriterien für Reformpläne sollten die Schaffung eines effektiven Steuerverwaltungssystems, Entbürokratisierung bei Unternehmensgründungen oder eine umfassende Gebietskörperschaftsreform sein. Die Konsolidierungspläne müssen neben Sparzielen auch unbedingt Einnahmeziele umfassen und die Erhebung zweckgebundener, der Tilgung dienender Steuern. Aufgrund des Tilgungshorizontes sollten dabei konjunkturneutrale Steuern wie Vermögenssteuern oder zeitlich befristete Steuerzuschläge auf hohe und höchste Einkommen erhoben werden.

In nachhaltiges Wachstum investieren

Trotz aller Sparbemühungen ist Europa im Interesse seiner Wettbewerbsfähigkeit auf Investitionen in seine soziale und Bildungsinfrastruktur sowie die Förderung von Innovation angewiesen. Der Euro bietet an sich gerade in einer globalisierten Weltwirtschaft dabei einen wichtigen Anker für Europas Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewinne aus dem Euro sind jedoch ungleich verteilt. Während exportstarke Mitgliedsländer von ihm profitieren, bringt er für exportschwache Mitgliedsländer eine Reihe von Nachteilen mit sich. Andererseits haben gerade die wirtschaftlichen Eliten dieser Länder über Jahre hinweg von niedrigen Zinsen profitiert und in einem Ausmaß Vermögen angehäuft, das ohne den Euro nicht vorstellbar gewesen wäre. Umgekehrt wurde der Exporterfolg in Ländern wie Deutschland zu einem Gutteil durch Lohnzurückhaltung und atypische Beschäftigungsverhältnisse erkaufte. In der Summe ergeben sich daraus innereuropäische Ungleichgewichte, die Europas wirtschaftliche Stärke nach Außen wie seine Stabilität nach Innen auf Dauer untergraben. Daher begrüßen wir es, dass sich das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten im Zuge der Economic Governance-Reformen auf ein Gesetz verständigt haben, dass exzessive Handelsüberschüsse beziehungsweise -defizite begrenzen helfen soll.

Doch diese Bemühungen alleine reichen nicht aus, um die Wachstumskräfte der Eurostaaten einander anzugleichen. Für diesen notwendigen Aufholprozess gilt es die vorhandenen EU-Strukturfonds wirksamer einzusetzen und gezielt auf Wertschöpfung schaffende Investitionen zu konzentrieren. Dazu sollten die Ko-Finanzierungsregeln der EU gelockert und ihre Anteile für Empfängerländer gesenkt werden. Voraussetzung für solch eine flexible Handhabe muss die Passförmigkeit der Investitionen sein, die anhand von bestimmten Kriterien wie Energieeffizienz, Exportorientierung, Innovation oder (im Falle bestehender Unternehmen) die Auftragslage evaluiert werden könnte. Zudem sollten die Investitionen in Sektoren konzentriert werden, die ein hohes Wachstum in der Zukunft versprechen (Erneuerbare Energien oder Elektromobilität) oder mit vorhandenen Stärken in Krisenländern wie Portugal (Automobil- und Textilindustrie), Griechenland (Tourismus und Logistik) oder Irland (IT und Pharmazie) kompatibel sind.